

Die Koalition der Zahlungswilligen

Von Andreas Kilb

Der Kulturausschuss des Bundestages ist das kulturpolitische Kontrollorgan der Berliner Republik. Mit der CDU-Politikerin Monika Grütters bekommt er nun eine neue Vorsitzende. Der Bund, heißt es in der offiziellen Erläuterung der Aufgaben des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, ist „verantwortlich für die Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur, die er immer wieder überprüft“. Und zwar - so beginnt der Satz - „gleichwohl“. In diesem „gleichwohl“ steckt die Krux des Ausschusses und seiner Kompetenzen. Kulturpolitik ist in Deutschland laut Grundgesetz Ländersache. Gleichwohl gibt es seit elf Jahren einen Staatsminister in Berlin, der sich um die Kulturpolitik des Bundes kümmert. Und seitdem gibt es auch erst den Kulturausschuss des Bundestages.

Kulturstaatsminister und Kulturausschuss arbeiten in der Berliner Republik parallel. Der Staatsminister ist dem Bundeskanzler unterstellt, der Ausschuss dem Parlament. Das schließt ein gewisses Maß an Wettbewerb nicht aus. In den ersten zwei Jahren seines Bestehens hat der Ausschuss den Plänen des damaligen Kulturstaatsministers Naumann teils kräftigen Widerstand entgegengesetzt. Dann wurde die Ausschussvorsitzende abgelöst, und die Renitenz hörte auf.

Seither hat der zwanzigköpfige, streng nach Proporz besetzte Ausschuss vor allem beratende, sprich: Debattierfunktionen ausgeübt. Er hat über Filmförderung und Erinnerungskultur diskutiert, Experten zur Rechtschreibreform und zum Urheberrecht angehört und einen Unterausschuss „Neue Medien“ gegründet, der sich den technischen und moralischen Problemen der Digitalisierung widmen soll. Unter der Leitung des FDP-Politikers Hans-Joachim Otto war der Ausschuss in den vergangenen vier Jahren ein verlässlicher Partner des Kulturstaatsministers. Er gab Bernd Neumanns Projekten die nötige Rückendeckung im Bundestag, und er stellte sich in strittigen Fragen, etwa beim Einheitsdenkmal, öffentlich hinter ihn. Die parteienübergreifende Koalition für Kultur, von der Neumann gern spricht, war unter Ottos Ägide politische Wirklichkeit.

In der neuen Machtkonstellation nach der Bundestagswahl vom 27. September verschieben sich im Kulturausschuss die Gewichte zugunsten der FDP. Sie stellt künftig vier statt zwei Mitglieder, während die SPD zwei Sitze verliert. Dass die Sozialdemokraten auch diesen verkleinerten Auftritt dazu nutzen wollen, sich kulturpolitisch zu profilieren, verrät die Liste ihrer Nominierungen. Neben Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse finden sich darauf die Ex-Ministerinnen Brigitte Zypries und Ulla Schmidt. Für die Linkspartei tritt abermals deren kulturpolitische Sprecherin Luc Jochimsen an, während die Grünen die von der Boulevardpresse bereits zur „Miss Bundestag“ gekürte Pianistin Agnes Krumwiede in den Ausschuss schicken. Allein die Unionsfraktion hält ihre Liste bis zur konstituierenden Sitzung am kommenden Mittwoch unter Verschluss. Sicher ist aber, dass sie im neuen Kulturausschuss den Vorsitz stellen wird, und auch der Name der zukünftigen Vorsitzenden ist schon bekannt: **Monika Grütters**.

Mit dieser Personalentscheidung könnte sich auch die politische Rolle des nun schwarz-gelb dominierten Ausschusses in den nächsten Jahren verändern. Denn Grütters ist nicht nur neben Bernd Neumann und dem Parlamentspräsidenten Norbert Lammert die herausragende Bundeskulturpolitikerin der CDU, sie ist auch deren eigentliche Expertin für Hauptstadt Kultur. In den zehn Jahren zwischen 1995 und 2005, in denen sie für ihre Partei im

Berliner Abgeordnetenhaus saß, hat sie die Malaisen der Bildungs- und Kulturpolitik auf Länderebene aus nächster Nähe kennengelernt.

Seither macht Grütters öffentlich kein Hehl daraus, dass sie den deutschen Bildungsföderalismus für gescheitert hält. In einer Rede, die sie im Herbst vergangenen Jahres an der Musikhochschule Hanns Eisler hielt, wo sie als Honorarprofessorin lehrt, wünschte sie sich eine „größere Autorität“ des Bundes bei der Vereinheitlichung schulischer Lehrmittel und beim Zentralabitur. Auch bei der Sicherung des kulturellen Erbes sieht Grütters den Bund in der Pflicht. Viele Kommunen, sagt sie, seien gar nicht mehr in der Lage, ihre Bestände zu schützen. Durch neue Staatsverträge müssten so rasch wie möglich Mischfinanzierungen für besonders bedrohte Archive festgeschrieben werden.

Die desolante Haushaltslage vieler Städte (F.A.Z. vom 5. November) wird, das weiß Monika Grütters, in den nächsten Jahren eine ganz neue Lastenverteilung bei den Kulturausgaben zwischen Bund und Ländern erzwingen. „Schonungslos“ will Grütters deshalb im Kulturausschuss über die Misserfolge des Föderalismus reden. Ihre Erfahrungen als Kulturpolitikerin im notorisch überschuldeten Berlin könnten dabei als Lehrstück dienen. Seit Jahren ringen der Berliner Senat und der Bund etwa um die Zukunft des dortigen Poesie- und des überregional erfolgreichen Literaturfestivals. Ein Vorschlag von Grütters, der das eine Festival der Stadt, das andere dem Bund zuschlägt, ist bisher am Widerstand beider Seiten gescheitert. Das neue Amt wird ihren Argumenten mehr politisches Gewicht verleihen.

Die Federführung in der Bundeskulturpolitik, versteht sich, liegt nach wie vor beim Kulturstaatsminister. In den vergangenen Jahren wurde Monika Grütters gelegentlich als mögliche Nachfolgerin von Bernd Neumann gehandelt. Nun, da er sich eine zweite Amtszeit gönnt, wird er in ihr eine wachsame, ehrgeizige Verbündete bekommen.

Erschienen: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.11.2009.